Nicht alle Ustermer Bürger haben politische Rechte

Uster Bald sind Wahlen. Doch manche Menschen mit schwerer geistiger Beeinträchtigung dürfen nicht wählen gehen. Sie haben keine politischen Rechte. Auch in der Stadt Uster nicht, welche die Inklusion von Behinderten fördern will.

Laura Cassani

Nicht alle Ustermerinnen und Ustermer werden in zwei Wochen einen Wahlzettel in die Urne werfen und mitbestimmen, wie der Kantons- und Regierungsrat künftig zusammengesetzt sein sollen. Die einen, weil sie am Sonntag verschlafen oder weil sie sich nicht für Politik interessieren, andere, weil sie keinen Schweizer Pass haben.

Es gibt aber auch Menschen mit Schweizer Pass, die vielleicht gerne politisch mitentscheiden würden – es aber nicht dürfen. Menschen, die als dauernd urteilsunfähig gelten und unter umfassender Beistandschaft stehen, sind in der Schweiz vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen. Das sind in der Regel Menschen mit schwerer geistiger oder psychischer Behinderung.

«Risiko der Demokratie»

In der Stadt Uster, die sich als Inklusionsstadt positionieren und die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in den kommenden Jahren besonders fördern will (siehe Box), leben und arbeiten viele Menschen, die umfassend bebeistandet sind. Unter anderem im Werkheim oder in der Stiftung Wagerenhof.

Schweizer Behindertenorganisationen fordern, dass Unterstützungsangebote geschaffen werden, die es auch diesen Menschen erlauben, ihre politischen Rechte wahrzunehmen. Die heutige Situation widerspreche der Uno-Behindertenrechtskonvention. Das Argument: Auch urteilsfähige Bürgerinnen und Bürger seien nicht immer in der Lage, sich eine rationale Meinung über eine politische Vorlage zu bilden. «Dass viele trotzdem stimmen gehen, gehört zum normalen Risiko einer Demokratie», wird der Jurist Pierre Margot-Cattin im «Tages-Anzeiger» zitiert.

Die Politik vermissen?

Patrick Stark, Geschäftsleiter des Werkheims Uster, sagt: «Ich weiss bei uns von niemandem, der es vermisst, dass er oder sie nicht abstimmen oder wählen darf.» Das heisse aber nicht, dass es das nicht gebe. Und auch in der Stiftung Wagerenhof hat man es laut Gesamtleiter Andreas Dürst noch nie erlebt, dass jemand hätte wählen wollen, der das nicht durfte.

Von Stark und Dürst wird die Forderung nach politischen Rechten auch für umfassend Bebeistandete nicht ausdrücklich wiederholt. Werkheim-Leiter Stark bleibt allgemein: «Uns ist es ein grosses Anliegen, dass die Menschen im Werkheim an den gesellschaftlichen Prozessen teilhaben können. Dazu gehört auch, dass sie politische Rechte wahrnehmen können.» Wagerenhof-Leiter Dürst würde sich eine Einzelfallprüfung wünschen: «Wenn eine Person das Stimm- und Wahlrecht wünscht, sollte sie ihre politischen Rechte unabhängig von ihrer Beistandschaft ausüben dürfen.»

Auf Bundesebene ein Thema

Die Behindertenorganisationen fordern nicht nur, dass alle Schweizerinnen und Schweizer die gleichen Rechte haben – egal, ob mit oder ohne Behinderung. Sie setzen sich auch dafür ein, dass allen geistig Behinderten das Abstimmen und Wählen leichter gemacht wird. Das Parlament verpflichtete den Bundesrat Ende 2017, Massnahmen zu prüfen, um bestehende Hindernisse abzubauen. Ein erster Erfolg.

«Demokratie muss man lernen», sagt Patrick Stark. Auch im Kleinen. Im Werkheim gibt es deshalb einen Betriebsrat, wo gewählte Abgeordnete die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen an den geschützten Arbeitsplätzen vertreten. «Am Anfang hat sich gezeigt, dass viele sich nicht gewohnt waren, andere Personen in ein Amt zu wählen.» Im Wagerenhof findet regelmässig eine Gesprächsrunde statt, in der auch aktuelle politische Fragestellungen thematisiert werden können. Sie heisst «Mir redä mit» – wobei berücksichtigt werden muss, dass ein Grossteil der Bewohnerinnen und Bewohner im Wagerenhof keine verbale Sprache zur Verfügung haben.

«Kein präsentes Thema»

Doch das Interesse für Politik ist unter den Ustermerinnen und Ustermern mit Behinderung offenbar nicht sehr gross. Ein Werkheim-Bewohner, der kaum eine Sitzung des Ustermer Gemeinderats verpasst und jetzt sogar für den Kantonsrat kandidiert, sei die Ausnahme, so Stark. Auch im Wagerenhof sei Politik «kein präsentes Thema», sagt Dürst.

In beiden Ustermer Institutionen ist allerdings – politisches Interesse hin oder her – klar: Menschen mit geistiger Behinderung brauchen Unterstützung, wenn sie ihre politischen Rechte ausüben. Manchmal sei es nur schon schwierig zu verstehen, ob man Ja oder Nein auf den Zettel schreiben muss, wenn man gegen eine Vorlage ist, sagt Werkheim-Geschäftsleiter Stark. Die Betreuungspersonen böten individuelle Unterstützung. «Es ist uns wichtig, niemandem unsere eigene Meinung aufzudrücken.»

Nur schon den Sachverhalt zu erklären, also kein Ja, Nein oder die Wahl einer bestimmten Politikerin zu empfehlen, sei herausfordernd, gesteht Stark. Die Befürchtung, dass Betreuungspersonen auf die Wahlentscheidung Einfluss nehmen könnten, sei nicht ganz von der Hand zu weisen, sagt auch Dürst. Er fügt aber an: «Auch durch die Sozialisation in der Familie oder in einem sonstigen sozialen Umfeld findet eine gewisse Beeinflussung statt.»

Leichte Sprache nötig

Würden die Behörden eine einfachere Sprache verwenden, wäre schon viel geholfen. Darin sind sich die beiden Ustermer Fachleute einig. Wagerenhof-Leiter Dürst findet gar, dass Wahl- und Abstimmungsunterlagen «unbedingt» in sogenannter «Leichter Sprache» verfasst werden müssten. Das ist eine Sprache, die klaren Grundsätzen folgt – etwa möglichst keine Nebensätze zu verwenden. Und zudem von einer Gruppe von Betroffenen vor der Veröffentlichung geprüft wird. Für Dürst steht fest: «Nur wenn Unterlagen in ‹Leichter Sprache› geschrieben sind, ist für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung politische Teilhabe überhaupt möglich.»

Auf dem Weg zur Inklusionsstadt

Bis ins Jahr 2021 wird in Uster jährlich fast eine Viertelmillion investiert, um die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung zu fördern. Uster will zur Inklusionsstadt werden. Dabei soll auch die politische Partizipation von Ustermerinnen und Ustermern – nicht nur solchen mit geistiger Beeinträchtigung – gefördert werden, sagt Elisabeth Hildebrand, die seit letztem Herbst Inklusionskoordinatorin der Stadt ist. Einen konkreten «Massnahmenkatalog» gebe es keinen, vielmehr würden «Mut und Selbstvertrauen» in verschiedenen Projekten und auch in Zusammenarbeit mit Behindertenorganisationen gefördert.
Hildebrand betont, dass das Thema der politischen Rechte für umfassend bebeistandete Menschen nicht kommunal geregelt werde. Trotzdem sagt sie: «Ich bin der Meinung, dass wir mehr Demokratie wagen können. Es gehe nicht nur um das Recht, wählen und abstimmen zu dürfen, sondern auch gewählt zu werden. «Vielfalt soll sich auch bei den gewählten Vertreterinnen und Vertretern abbilden.» *(lac)*